

## **Aktuelles aus dem Parlament**

**Nr. 3/2011**

**1. April 2011**

**Die Vorbereitung des österreichischen Arbeitsmarktes auf den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte ab 1. Mai war das wichtigste Thema, mit dem sich das Plenum des Nationalrats in dieser Woche befasst hat. Hier eine Zusammenfassung dieser und weiterer wichtiger Beschlüsse und Diskussionen.**

### **Heimischer Arbeitsmarkt wird auf Ostöffnung vorbereitet**

Mit einem neuen Gesetz gegen Sozial- und Lohndumping hat der Nationalrat die Vorkehrungen für die Arbeitsmarktöffnung für Bürger aus den östlichen EU-Staaten getroffen. Es soll sicherstellen, dass ab dem 1. Mai, wenn die Übergangsphase für den heimischen Arbeitsmarkt endet, die bei uns geltenden Lohnniveaus und Arbeitsbedingungen von allen eingehalten werden. Die Übergangsfrist für die 2004 der EU beigetretenen Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn endet am 30. April. Ab dann haben Bürger dieser Länder freien Arbeitsmarktzugang. Für Bürger aus den 2007 beigetretenen Ländern Rumänien und Bulgarien gilt diese Regelung nicht.

Wird der Mindestlohn unterschritten, so muss gemäß dem neuen Gesetz nicht nur die Lohndifferenz nachgezahlt werden. Es drohen auch Geldstrafen zwischen 1.000 und 50.000 Euro. Bei wiederholten Verstößen oder gravierender Unterentlohnung kann die Dienstleistung von ausländischen Arbeitgebern zur Gänze untersagt werden. Bei wiederholten Gesetzesverstößen kann ein Unternehmen von öffentlichen Förderungen ausgeschlossen werden.

### **Rot-Weiß-Rot-Karte ermöglicht kontrollierten Arbeitskräftezuzug**

Mit der Änderung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes werden die Voraussetzungen für die Einführung der Rot-Weiß-Rot-Karte geschaffen. Sie soll qualifizierten ausländischen Arbeitnehmern die Beschäftigung in Österreich ermöglichen, wenn klar nachvollziehbare Kriterien erfüllt werden.

Künftig muss eine bestimmte Punktezahl erreicht werden, wenn ein Zuwanderer in Österreich arbeiten möchte. Kriterien sind Alter, Sprachkenntnis und Berufserfahrung. Damit können gut qualifizierte Zuwanderer eine Beschäftigungsbewilligung erhalten und Fachkräfte geholt werden, in deren Berufen in Österreich ein Mangel herrscht. Der eigentliche Beschluss der Rot-Weiß-Rot-Karte erfolgt in einer der nächsten Plenarsitzungen.

### **ÖVP-Klub verurteilt Bestechlichkeit und Mandatsmissbrauch**

Die jüngsten personellen Turbulenzen in der ÖVP haben uns Mandatäre zu einer klaren gemeinsamen Distanzierung veranlasst. Der ÖVP-Klub hat einstimmig alle Handlungen von Politikern verurteilt, die auch nur den Anschein erwecken, politische Funktionsträger würden in ihrer Arbeit persönlichen finanziellen Interessen folgen.

Als ÖVP-Parlamentarier treten wir für eine intensivere Korruptionsbekämpfung und für klare Regeln über Lobbying ein. Wir plädieren für ein ausgeweitetes Korruptionsstrafrecht für Mandatsträger, für die Offenlegung von Parteispenden, für mehr Transparenz bei Regierungsinseraten und für ein Lobbying-Gesetz samt Lobbyisten-Register. Ein Berufsverbot für Abgeordnete lehnt die ÖVP aber ab, weil gerade die Verankerung in der wirtschaftlichen Lebensrealität wichtig ist.

## **Einschränkungen für Telefonkeiler und unerwünschte Werbeanrufe**

Geschäftemacherei mittels unerwünschter Telefonwerbung wird ein gesetzlicher Riegel vorgeschoben. Das werbende Unternehmen muss dem Verbraucher bei telefonisch angebahnten Geschäften innerhalb einer Woche eine schriftliche Bestätigung übermitteln. Die Kündigungsfrist läuft erst dann an, wenn die erste Zahlung geleistet wurde. Telefonisch abgeschlossene Verträge über Gewinnzusagen, Wett- und Lotteriegewinne sind nichtig. In diesem Zusammenhang wird außerdem die Unterdrückung von Telefonnummern verboten.

## **Für weniger Chemie in Lebensmitteln**

In zwei Entschlüssen hat der Nationalrat die Bundesregierung aufgefordert, die Verwendung bestimmter chemischer Substanzen einzudämmen. Die Grenzwerte für Bisphenol A, das mit Lebensmitteln in Berührung kommen kann, sollen herabgesetzt werden. Bei Artikeln, die für Kleinkinder geeignet sind, soll Bisphenol A, das vor allem in Kunststoff enthalten ist, überhaupt verboten werden. Ebenfalls verboten werden sollen auf EU-Ebene so genannte Azofarbstoffe, wie sie etwa in Speiseeis und Limonaden eingesetzt werden.

## **Österreich unterstützt internationale Entwicklungshilfeprojekte**

Österreich leistet einen finanziellen Beitrag für unterentwickelte Länder in anderen Kontinenten. 21,5 Millionen Euro stellen wir von 2011 bis 2015 der Weltbank für Entwicklungsprojekte zur Verfügung. 13,5 Millionen Euro gehen bis 2018 an Entwicklungsbanken in Afrika, Asien oder Lateinamerika.

### **Parlamentsführungen**

Für die Vorbereitung von **Gruppenführungen** durch das Parlament steht Euch bzw. Ihnen mein **Mitarbeiter Martin Wurglits** als Ansprechperson zur Verfügung (01/40110-4682, 0664/4546818, martin.wurglits@parlament.gv.at). Führungen sind an jedem Werktag möglich.

Mit den besten Wünschen

**Franz Glaser**  
**Abgeordneter zum Nationalrat**